



HESSISCHER LANDTAG

21. 09. 2020

Kleine Anfrage

Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 27.07.2020

Straftaten mit LGBTI-Bezug

und

Antwort

Minister des Innern und für Sport

Vorbemerkung Fragesteller:

In der Presse wird immer wieder über eine Zunahme von Gewalttaten gegen Homosexuelle und Trans-Personen berichtet. Die Staatsanwaltschaft Berlin verfügt – als einzige in Deutschland – über eine Sonderzuständigkeit für Hasskriminalität gegen LGBTI-Personen und gibt an, dass in Berlin die Zahl der eingeleiteten Verfahren mit LGBTI-Bezug seit 2015 kontinuierlich angestiegen sei. Während es 2015 knapp 100 Verfahren waren, wurden 2018 mehr als 250 Verfahren gezählt. Hinzu kommt eine unbekannte Anzahl von nicht angezeigten Delikten. Der zuständige Staatsanwalt führt die Zunahme teilweise auf den Flüchtlingszuzug seit 2015 zurück: „Natürlich sind unter den neu Zugereisten viele Menschen, denen nicht bewusst ist, dass in Deutschland mitunter völlig andere Maßstäbe und Wertvorstellungen herrschen als in den Ländern, aus denen sie geflohen sind. Das kann zu verstärkten Übergriffen führen“. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article198926629/Gewalt-gegen-Homosexuelle-in-Berlin-Schlaege-Tritte-fliegende-Bierglaeser.html>

Vorbemerkung Minister des Innern und für Sport:

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfolgt grundsätzlich keine Erfassung der sexuellen Orientierung. Die Erfassungskriterien der PKS sind bundesweit einheitlich. Insbesondere werden nicht alle Personen erfasst, die unter den Begriff LGBTI zusammengefasst werden. Lediglich der Opfertypus „Homosexueller“ ist Erfassungskriterium und kann ausgewertet werden. Daher sind die Zahlen der PKS zur Beantwortung der Kleinen Anfrage nur eingeschränkt aussagekräftig. Straftaten gegen Menschen alleine aufgrund ihrer sexuellen Orientierung werden von der hessischen Polizei mit großem Einsatz verfolgt. Die Aufklärungsquote bei den hier erhobenen Delikten lag durchschnittlich in den vergangenen fünf Jahren bei rund 88 %.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin der Justiz und dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

Frage 1. Wie viele Straftaten mit LGBTI-Bezug wurden in den Jahren 2015 bis 2019 bei den hessischen Strafverfolgungsbehörden zur Anzeige gebracht?

Zur Beantwortung wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Frage 2. Um welche Straftatbestände handelte es sich bei den unter erstens aufgeführten Anzeigen?

Bei den in der PKS erfassten Straftatbeständen z. N. homosexueller Opfer handelt es sich hauptsächlich um Rohheits- und Sexualdelikte sowie Straftaten gegen das Leben, insbesondere um:

- Mord-/Totschlagsdelikte;
- Körperverletzungsdelikte (Körperverletzung/Gefährliche Körperverletzung);
- Raubdelikte (Raub, schwerer Raub und räuberische Erpressung) und Freiheitsberaubung;
- Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (sex. Belästigung/sexueller Missbrauch/Exhibitionistische Handlungen) sowie
- Bedrohung, Nötigung und Nachstellung.

Frage 3. Wie viele der unter zweitens aufgeführten Delikte betrafen eine Körperverletzung bzw. eine schwere Körperverletzung?

Zur Beantwortung wird auf die Anlage 2 verwiesen.

Frage 4. Wie viele der unter erstens aufgeführten Verfahren endeten mit einem Strafbefehl bzw. der Verurteilung des/der Beschuldigten?

Die in der Antwort auf die Frage 1 in Bezug genommene Anlage enthält eine anonymisierte Auswertung polizeilicher Statistiken. Im staatsanwaltschaftlichen Vorgangsverwaltungssystem MESTA wird ein etwaiger LGBTI-Bezug von Straftaten nicht gesondert statistisch erfasst. Eine Beantwortung würde daher die händische Auswertung mehrerer Tausend Verfahrensakten erforderlich machen, was nicht in der zur Beantwortung vorgesehenen Frist möglich ist.

Frage 5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bezüglich der in den Anzeigen beschuldigten Personen?

Aus den Jahren 2015 bis 2019 liegen in der PKS Erkenntnisse zu 69 Tatverdächtigen (TV) vor. Auf die Anlage 3 wird ergänzend verwiesen. In nur einem Fall handelt es sich um eine Frau. Die Tatverdächtigen sind zur Tatzeit überwiegend zwischen 20 und 39 Jahre alt. Ein geringer Teil der Täter ist älter. Fast die Hälfte aller bekannten Tatverdächtigen hat die deutsche Staatsangehörigkeit (33 TV). Nicht deutsche Tatverdächtige stammen in sechs Fällen aus Bulgarien, in fünf Fällen aus der Türkei. Weitere Nationalitäten verteilen sich auf diverse Staatsangehörigkeiten.

Frage 6. Wie hoch ist nach Auffassung der Landesregierung die Dunkelziffer der nicht zur Anzeige gebrachten Delikte mit LGBTI-Bezug in Hessen?

Hierzu liegen der Landesregierung keine belastbaren Informationen vor.

Als wichtige Voraussetzung für die Aufhellung des Dunkelfeldes betrachtet die Hessische Landesregierung die Förderung der Anzeigebereitschaft bei Opfern von Gewalt gegen LSBT*IQ (lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Personen).

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat deshalb mit Erlass vom Januar 2010 die Etablierung von Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen/Ansprechpersonen für LSBT*IQ (AgL) im Landeskriminalamt, in den hessischen Polizeipräsidien sowie in der Polizeiakademie Hessen verfügt. Ihnen kommen vielfältige Aufgaben zu, darunter u.a. die Unterstützung von Opfern homo- und trans*- und inter*feindlicher Gewalt und die Mitwirkung an der in- und externen Öffentlichkeitsarbeit. Sie kooperieren auf kommunaler und Landesebene mit einer Vielzahl von Einrichtungen, Institutionen, Gremien und Behörden und arbeiten mit Organisationen und Verbänden aus dem LSBT*IQ-Spektrum zusammen.

Einen wirksamen Beitrag zur Verfolgung von Straftaten gegen LSBT*IQ im Internet bietet auch die durch die Hessische Landesregierung eingerichtete Meldeplattform <https://hessengegenhetze.de/> im Rahmen des Aktionsplans #HESSEN GEGENHETZE. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Meldestelle bewerten die eingegangenen Hinweise und leiten diese an die zuständigen Behörden weiter. Sollten sich Hinweise auf Gefahren für Personen ergeben, übermitteln wir den Sachverhalt unverzüglich an das Hessische Landeskriminalamt. Strafbare Hasskommentare leitet die Meldestelle an die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M. - Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) - weiter. Ergeben sich aus den Meldungen Hinweise auf extremistische Inhalte, erfolgt ungeachtet der polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Befassung eine Steuerung an das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen.

Wiesbaden, 19. September 2020

Peter Beuth

Anlagen

Auswerte- zeitraum	Delikt	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
2015	Körperverletzung (vorsätzlich einfache)	4	3
2015	Gefährliche Körperverletzung	2	2
2015	Sonstiger Raubüberfall auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	1	1
2015	Totschlag	2	2
2015	Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	2	1
2015	Schwerer Raub auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	0	1
2015	Bedrohung (§ 241 StGB)	2	2
2015	Raub in Wohnungen	2	1
2015	Schwerer Raub	1	1
Fälle gesamt		16	14

Auswerte- zeitraum	Delikt	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
2016	Körperverletzung (vorsätzlich einfache)	4	4
2016	Bedrohung (§ 241 StGB)	2	2
2016	Gefährliche Körperverletzung	2	2
2016	Nötigung (§ 240 StGB)	1	1
2016	Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	2	1
2016	Nachstellung (Stalking) § 238 Abs. 2	1	1
2016	Nachstellung (Stalking) § 238 Abs. 1	1	1
2016	Schwerer Raub in Wohnungen	1	1
Fälle gesamt		14	13

Auswerte- zeitraum	Delikt	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
2017	Sonstige Straftaten gemäß § 177 Abs. 6 Nr. 1, Abs. 7 und 8 StGB	1	1
2017	Nötigung (§ 240 StGB)	1	1
2017	Räuberische Erpressung	1	1
2017	Sexueller Missbrauch von Jugendlichen	1	1
2017	Sexuelle Belästigung § 184 i StGB	1	1
2017	Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	1	1
2017	Sonstiger Raubüberfall auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	1	1
2017	Bedrohung (§ 241 StGB)	1	1
2017	Körperverletzung (vorsätzlich einfache)	5	4
2017	Sexuelle Übergriffe gemäß § 177 Abs. 1, 2, 3, 4, 7, 8 und 9 StGB	1	1
Fälle gesamt		14	13

Auswerte- zeitraum	Delikt	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
2018	Schwerer Raub auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	1	1
2018	Gefährliche Körperverletzung	2	2
2018	Körperverletzung (vorsätzlich einfache)	2	1
2018	Schwerer Raub in Wohnungen	1	1
2018	Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	3	1
2018	Freiheitsberaubung (§ 239 StGB)	1	0
2018	Sonstiger Raubüberfall auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	1	1
2018	Bedrohung (§ 241 StGB)	1	1
2018	Mord im Zusammenhang mit Raubdelikten	1	1
Fälle gesamt		13	9

Auswerte- zeitraum	Delikt	Erfasste Fälle	Aufgeklärte Fälle
2019	Gefährliche Körperverletzung	2	2
2019	Sexuelle Belästigung § 184i StGB	2	2
2019	Gefährliche Körperverletzung auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen	2	1
2019	Körperverletzung (vorsätzlich einfache)	4	4
2019	Freiheitsberaubung (§ 239 StGB)	1	1
2019	Exhibitionistische Handlungen	1	1
2019	Nachstellung (Stalking) § 238 Abs. 1	1	1
2019	Bedrohung (§ 241 StGB)	2	2
Fälle gesamt:		15	14

Jahr	Körperverletzung	Gefährliche Körperverletzung	Gefährliche KV auf öffentlichen Straßen / Wegen / Plätzen
2015	4	2	2
2016	4	2	2
2017	5	0	1
2018	2	2	3
2019	4	2	2

Opfertyp	Auswertungsjahr	Anzahl TV
803 HOMOSEXUELLER	2015	16
803 HOMOSEXUELLER	2016	15
803 HOMOSEXUELLER	2017	15
803 HOMOSEXUELLER	2018	10
803 HOMOSEXUELLER	2019	13
Gesamtzahl der TV:		69